

Für mehr «Interdisziplinarität» in der Armutsbekämpfung

Blaise Kropf, Grossrat Grüne, Präsident Grüne Kanton Bern

Eine der Hauptforderungen der Motion «Bekämpfung der Armut im Kanton Bern» besteht in der besseren Vernetzung der verschiedenen Teilpolitiken zur Armutsbekämpfung. Ich möchte anhand einiger Beispiele die Bedeutung von mehr Interdisziplinarität erläutern und aufzeigen, dass ansonsten eine Verschlechterung der Situation Armutsbetroffener droht.

Erstens

Kürzlich hat die Wirtschaftskommission des Ständerates angekündigt, dass sie die Sozialhilfe künftig der Steuerpflicht unterstellen möchte. Pikanterweise geht diese Initiative auf einen Vorstoss aus dem Kanton Bern zurück. Worum geht es? Im Bestreben, die Schwelleneffekte zu minimieren, hatte der Berner Regierungsrat vorgeschlagen, die Sozialhilfe der Steuerpflicht zu unterstellen und gleichzeitig die Steuerbefreiung des Existenzminimums zu vollziehen. Wie auch immer man zu diesem Vorschlag steht: Unabdingbar ist, dass er als Gesamtpaket realisiert wird. Jetzt passiert das Gegenteil. Auf Bundesebene ist das Parlament daran, die Besteuerung der Sozialhilfeleistungen zu diskutieren – und auf kantonalberner Ebene hat man die Steuerbefreiung des Existenzminimums aus der Steuergesetzrevision gestrichen. Wenn dies so bleibt, resultiert eine Mehrbelastung jener, welche unterstützt werden müssten. Hier braucht es mehr Koordination, mehr Gesamtsicht und mehr Verlässlichkeit.

Zweitens

Der Kanton Bern pflegt das Bild von sich, für tiefe Einkommen ein (steuerlich) attraktiver Kanton zu sein. Wenn man genau hinschaut, verliert das Bild an Glanz. Die Studie «*Steuern, Transfers und Einkommen in der Schweiz*» vom August 2007 hat aufgezeigt, dass der Kanton Bern für einkommensschwache Familien (mit zwei Kindern) über eines der schweizweit tiefsten verfügbaren Einkommen verfügt. Dazu trägt die vergleichsweise hohe Steuerbelastung gerade in diesem Einkommensbereich bei. Auf das verfügbare Einkommen wirken Steuerbelastung, Familienzulagen, Mietzinsbelastung, Kindertagesstättentariife, Krankenversicherungsprämien und Prämienverbilligungen etc. In der Zwischenzeit hat sich im Kanton Bern einiges gebessert (Erhöhung Familienzulagen, Erhöhung Kinderabzug im Steuergesetz). Allerdings braucht es weitere Anstrengungen, um die Situation der armutsbetroffenen Bevölkerung zu verbessern. Das geht nur mit mehr gesamtpolitischer Perspektive.

Drittens

Im Kanton Bern findet seit einiger Zeit eine Diskussion über die Kita-Tarife statt. Wie stark sollen die Eltern belastet werden? Zahlen die einkommensstarken Familien zuviel? Soll eine Senkung der Tarife für einkommensstarke Familien mit einer zusätzlichen Belastung der einkommensschwachen Familien finanziert werden (Erhöhung des Minimaltarifs)? Leider hat der Grosse Rat vor einem Jahr einen solchen Vorstoss überwiesen. Dieses Jahr steht die Revision der entsprechenden Verordnung (ASIV) an. Wenn wir nicht sehr aufpassen, droht hier aufgrund eines Fehlentscheids in einem Teilbereich der Armutspolitik (familienergänzende Kinderbetreuung) eine Verschlechterung der Lage von armutsbetroffenen Menschen ganz generell. Und das darf nicht sein.